
PRESSEMITTEILUNG

Berlin, 21. Oktober 2009

Neue Koalition errichtet wieder höhere Mauern zwischen den Versorgungsektoren

Auf Vorschlag der CSU werden im Entwurf für die Koalitionsvereinbarung neue Hürden für die Gründung von Kooperativen Versorgungsformen aufgebaut. So sollen Krankenhäuser nicht mehr wie bisher als alleiniger Betreiber von MVZ agieren dürfen, sondern nur noch als Minderheitsgesellschafter. Die Mehrheit soll in den Betreibergesellschaften der Medizinischen Versorgungszentren immer von Ärzten repräsentiert werden. Ausnahmen von dieser Regelung soll es nur in unterversorgten Gebieten geben.

Mit dieser rückwärtsgewandten Politik wird die bestehende sektorale Trennung im deutschen Gesundheitswesen zementiert und die Weiterentwicklung neuer integrativer Versorgungsformen behindert. Dies ist nicht nur ein Rückschlag für die in den letzten Jahren eingeleiteten Modernisierungsbestrebungen im Gesundheitswesen, sondern ist wettbewerbsfeindlich und untergräbt die Bemühungen um mehr fachübergreifende ärztliche Zusammenarbeit zum Wohle der Patienten. Den Herausforderungen einer immer älter werdenden Gesellschaft mit einem höheren Anteil an chronisch kranken Patienten und mit der Notwendigkeit einer engen Koordination zwischen ambulanter und stationärer Versorgung wird diese Weichenstellung hin zu einem stärker abgeschotteten ambulanten Bereich nicht gerecht. Andere europäischen Länder sind da viel weiter.

Wir können nur hoffen, dass der neugewählte Bundestag und die Bundesländer im Gesetzgebungsverfahren solch einen fatalen Rückschritt nicht unterstützen, sondern an den Zielen einer modernen integrativen Gesundheitsversorgung für die Bürger festhalten.

**Weitere Informationen und
inhaltliche Auskünfte erhalten
Sie beim BMVZ e.V. unter:**

**Bundesverband Medizinische Versorgungszentren
Gesundheitszentren - Integrierte Versorgung e.V.**

**Rummelsburger Straße 13
10315 Berlin**

Tel: 030 - 270 159 50

Fax: 030 - 270 159 49

Mail: bmvz@bmvz.de

BMVZ